

1. Mai 2024 – Beitrag der GEW zur Kundgebung

Jetzt sind mehr als 100 Tage vergangen, seit Armin Schwarz das Kultusministerium übernommen hat.

Bilanzierend kann frau sagen: hier ist der Nachname Programm

Was ist passiert?

Nicht einmal einen Monat im Amt, wurde in einer der ersten Presseerklärung das dringende bildungspolitische Problem der Legalisierung von Cannabis aufgegriffen. Aktuell ist der Erlass zum Verbot der Sonderzeichen an den Schulen angekommen.

Warum tut sich im Hinblick auf die zentralen bildungspolitischen Aufgaben so wenig? Zufall oder Programm?

Programm!

S.7

Das erste hochinteressante Wort ist „bekennen“. Es ist ein Programm das Bekenntnis:

- Zur Bildungsgerechtigkeit
- Zum mehrgliedrigen Schulsystem
- Zu Noten und Sitzenbleiben
- Gegen Systemdebatten
- zur pädagogischen und administrativen Selbstständigkeit

Bildungsgerechtigkeit?

Was heißt das? Keine einzige konkrete Entlastung oder Verbesserung für die an Schule Tätigen, sondern nur das Versprechen, dass mit allen möglichen Maßnahmen der Personalgewinnung nicht vollständige Ausgebildete in die Schulen kommen und damit die Belastung für die Stammebelegschaft anheben. Und wenn die Kolleg*innen dann mal eingearbeitet sind, reihen sich so viele Kettenverträge aneinander, dass es nicht selten passiert, dass die Kolleg*innen nicht mehr weiterbeschäftigt werden. Es droht ja die Entfristung Im Ergebnis: keine qualifizierten Lehrkräfte – keine gute Bildung!

Stattdessen Ausschluss: Inklusion wird durch eine schlechte Versorgung und Begleitung in der Regelschule gegen die Wand gefahren - die althergebrachte Förderschule hochgelobt und die **Mehrgliedrigkeit?**

Aufgepasst: Mehrgliedrigkeit nicht Dreigliedrigkeit! Die Dreigliedrigkeit wird in Richtung Zweigliedrigkeit aufgelöst. Gymnasien entledigen sich nach kurzer Zeit ihrer nicht so leistungsstarken Schüler*innen in die zweite Säule, die Mittelstufen-, Real- sowie die Gesamtschulen, **Und dies mit Noten und Sitzenbleiben.**

Dass diese Koalition keine Systemdebatte will, ist klar, denn

- Dieser Koalitionsvertrag, der EINER FÜR ALLE sein soll, ist bildungspolitisch regressiv, träumt von der Schule, die alles kann, aber nichts kostet, schützt das gute alte Gymnasium und steht für die Bildungsgerechtigkeit derjenigen, die sich diese leisten können.
- Dieser Koalitionsvertrag hat die neueste PISA-Ergebnisse nicht zur Kenntnis genommen.
- Dieser Koalitionsvertrag ignoriert, dass Bildung, die einer konservativen Diktion unterworfen ist, nicht einmal in Ansätzen das Versprechen einlöst, dass Bildung zu Leistung und Leistung zu sozialer Mobilität führt.

Eine Schule, wie sie hier skizziert ist, wird und will es wohl auch nicht schaffen, Bildung allen zur Verfügung zu stellen. Eine solche Schule müsste so ausgestattet sein, dass sie in der Lage ist, die gesellschaftlichen Unwuchten aufzufangen. Davon ist dieser Vertrag nicht nur weit entfernt, er erhebt darauf nicht mal mehr einen Anspruch.

Hier wird das Gute, Alte bewahrt, das Gute für Privilegierte und Privilegien.

Kommen wir zur pädagogischen und administrativen Selbstständigkeit

Diese Idee ist so schön, dass mensch sie erfinden müsste, würde es die Idee nicht schon geben.

Wir fragen uns – wir entledigt mensch sich am besten der politischen Verantwortung für eine schlecht funktionierende Schule?

Richtig – indem man nicht die Landesregierung, das Hessische Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen und nicht die staatlichen Schulämter für Fehlplanung, Fehlentwicklung, schlechte Lehrkräfteversorgung, ausfallende Stunden und nicht gelingende Bildungen verantwortlich macht – richtig mensch sucht sich einen anderen, in diesem Fall die Schulleitung und die Schulgemeinde!

Kommen wir nun zur SPD

– dem roten Anteil am schwarzen Bildungsideal

Wussten die Genossen nicht, was sie da tun? Haben sie von der Idee Abstand genommen, dass es immer Vorwärts geht und nicht zurück, nicht in die bildungspolitische Regression?

Die Genossen wussten, was sie tun!

In Groß-Umstand wurde im Dezember des letzten Jahres die Zustimmung zum Vertrag erteilt, nachdem der scheidende Landtagsabgeordnete Gernot Grumbach empört gerufen hatte

„Ich bekennen mich nicht zu einem Schulsystem, dass so viel Leid und Ungerechtigkeit gebracht hat.“

Ja, Ja ich höre schon die Einwände – wir sind mit so wenigen Mandaten ausgestattet, der Wähler hat entschieden. Was können wir tun?

Ich antworte darauf: Um Positionen ringen – nicht das Feld räumen!

Keine Bekenntnisse, keine Symbolpolitik

Ich will dies am Beispiel des Verbots der Sonderzeichen aufgreifen – hier wird Symbolpolitik gemacht. Die kostet nix, verändert Schule nicht zum Guten, aber hat große Wirkung.

Die FAS fragt am 29.04. im Interview mit Armin Schwarz, warum sich Hessen als einziges Bundesland dazu entschieden hat, Sonderzeichen als Fehler in Abschlussprüfungen zu werten und weist darauf hin, dass die Verwendung der Sonderzeichen ja mit Absicht und nicht in Unkenntnis der deutschen Sprache vorgenommen werde.

Wie richtig von der FAS!

In der Antwort beruft sich Armin Schwarz auf die Mehrheit der Bevölkerung, die dies anders sehe.

Und hier kommen wir zum Punkt. Wer immer nur Mehrheiten bedient, wird Mehrheit nie ändern.

Die GEW bleibt dabei. Wir **fordern** nicht nur Durchlässigkeit des Schulsystems, sondern ein integriertes, welches für alle Begabungen und Fähigkeiten den richtigen Platz und den anerkennenden Abschluss hat.

Die GEW **fordert**, dass bedarfs- und aufgabengerecht versorgt wird.

Die GEW **fordert**, das Regelschulsystem sachlich und personell so auszustatten, dass Inklusion gelingen kann.

Und zum Schluss habe ich noch eine Bitte.

Es wäre schön. wenn das in jeder Hinsicht marode, unterversorgte und immer undemokratischer werdende Schulsystem nicht mit Verweis auf die vielen Flüchtlinge, die es zu integrieren gebe, entschuldigt werden würde.

Wer sprachsensibel ist, weiß, die erste Schlacht wird mit Worten geschlagen.

In diesem Sinne vorwärts und nicht vergessen!

Manon Tuckfeld